

Antrag 1.5.3: Recht auf Bildung und Chancengleichheit während des Übergangsmanagement Schule-Beruf

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Hessen-Nord e.V.
Status:	Überweisung an das Präsidium (als Arbeitsmaterial zum Leitantrag)
Antragskommission:	Überweisung an das Präsidium (als Arbeitsmaterial zum Leitantrag)

1 Die Bundeskonferenz möge beschließen:

2

3 Heranwachsende junge Menschen befinden sich oft in einer schwierigen Lebensphase,
4 welche leicht zu geringer Leistungsmotivation bis hin zu massivem Leistungsabbau
5 führt. Andere fühlen sich von vornherein ausgegrenzt und chancenlos.

6 Auch ihnen muss unsere Gesellschaft alle Möglichkeiten von Bildungsteilhabe bis hin
7 zur beruflichen Entwicklung ermöglichen. Hierzu ergeben sich folgende Forderungen:

8

9 1. Systematische Hinführung zu qualifizierter Ausbildung oder Studium spätestens
10 von der 8. Klasse an durch Praktika, Beratung, Ausbildungsvermittlung bis hin zu
11 Einzelcoachings durch Trainer freier Träger und zur Vermittlung von
12 Ausbildungsplätzen in Kooperation mit dem Arbeitsamt. - Kein Jugendlicher bleibt
13 zurück!

14 2. Sicherstellung ausreichender qualifizierter Ausbildungsstellen durch
15 automatische Finanzierung per Umlage von außerbetrieblichen Ausbildungsstellen
16 durch freie Träger bei unzureichendem Lehrstellenangebot durch Handwerk und
17 Industrie.

18 3. Elternunabhängige Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung..

Begründung

Das Übergangsmanagement Schule-Beruf ist von großer Wichtigkeit für unsere kommenden Generationen – denn die Gesellschaft kann in Zukunft auf keinen der jungen Menschen verzichten, um die bevorstehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Zur Beseitigung der Bildungsmisere in Deutschland bedarf es mehr als einzelner „Reformen“. Bildung beginnt in frühester Kindheit und muss in einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit münden. Dafür muss eine Vermittlung von Ausbildungsplätzen durch unterschiedliche Kooperationen mit dem Arbeitsamt gewährleistet werden.